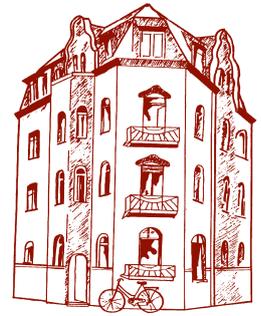


# MIETER HELFEN MIETERN

Frankfurt e.V.



An die  
Lokalredaktion

Große Friedberger Straße 16-20  
60313 Frankfurt am Main  
Tel.: (069) 28 35 48  
Fax: (069) 29 63 30  
post@mhm-ffm.de  
www.mhm-ffm.de

22.07.2004

## **CDU-Landesregierung und SPD-Kommunen schieben sich gegenseitig Verantwortung für Verkürzung der Kündigungsschutzfrist zu – auf dem Rücken der Mieter Maintaler Mieter wurden auf Initiative des DGB MAINTAL und MIETER HELFEN MIETERN nachträglich in Schutz einbezogen**

Die Landesregierung entscheidet bis September, für welche hessischen Kommunen der 10-jährige Kündigungsschutz für Mieter in Eigentumswohnungen weiter gelten soll. Dabei verfolgt die Landes-CDU eine subtile Taktik. Statt – wie etwa in Nordrhein-Westfalen – den Wohnraumbedarf in den verschiedenen Landesteilen statistisch zu erfassen -, werden Nord- und Mittelhessen ausgeklammert und in Südhessen offenbar nur die Kommunen berücksichtigt, die bei der Landesregierung vorstellig werden. So entstand eine Liste von mittlerweile 12 Kommunen, die im Wesentlichen auf lokalpolitischen Machtverhältnissen – nicht aber nach der Wohnraumbedarfsituation aufgestellt ist, wie es das Gesetz vorschreibt.

Am Beispiel der Stadt Offenbach wird deutlich, wie eine von SPD/GRÜNEN regierte Kommune durch diese Taktik der Landesregierung die Mitverantwortung für diese mieterfeindliche und profitorientierte Wohnungspolitik übernehmen muss (und bewusst befürwortet). Und auch, wie dies ein Mieterverein (HOECHSTER WOHNEN) zu verschleiern versucht: Unter dem Vorsitz eines ehemaligen SPD - Landtagsabgeordneten empfiehlt dieser Verein seinen Mitgliedern eine an die Landesregierung gerichtete Unterschriftenaktion. Dieses Vorgehen ist von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Erfolg versprechend wäre allein eine Aktion gegen den Magistrat der Stadt. Denn die Landesregierung hat angekündigt, dass nur solche Städte nachträglich in die Schutzliste aufgenommen werden, die dies als Kommune offiziell in Wiesbaden beantragen.

Hätte der Verein HOECHSTER WOHNEN seinen Mitgliedern empfohlen, die Aktion gegen den Magistrat der Stadt Offenbach zu richten, hätte die Aktion Aussicht auf Erfolg gehabt. Eine solche Aktion hätte aber wiederum den Blick auf die Verantwortung der SPD gelenkt...

Ein Beispiel für eine erfolgreiche Aktion ist Maintal. Hier hatten der lokale DGB sowie MIETER HELFEN MIETERN öffentlich Druck auf die Gemeinde ausgeübt, worauf diese nachträglich einen Antrag stellte, der von der Landesregierung umgehend angenommen wurde.

Dass eine Landesregierung aber auch anders kann, beweist die rotgrüne Regierung in Nordrhein-Westfalen. So wollte die CDU-regierte Stadt Essen keinen Mieterschutz. Die Landesregierung sprach aber ein Machtwort, zumal die erhobenen Daten einen Bedarf in Essen belegen. Von daher kann man das Verfahren der hessischen Landesregierung getrost als unseriös bezeichnen.

Leidtragende der hessischen Wohnungspolitik sind die Mieter, die es sich nicht leisten können, ihre Wohnung zu kaufen. Der Fall eines Rentnerhepaares (FR-Artikel zur alten Rechtslage vom 3.11.2000 anbei) in Mörfelden-Walldorf belegt, welche Schicksale auf die Mieter der meisten Kommunen im Rhein-Main-Gebiet zukommen können. Die Auswirkungen sind besonders tragisch, da der 10-Jahresschutz auch für alle Mieter wegfällt, für die dieser schon angelaufen war. So kann z.B. das Mietverhältnis einer im Jahr 2000 verkauften Wohnung sofort gekündigt werden, da der Sonderschutz von 10 Jahren rückwirkend wegfällt und da der generelle 3-Jahresschutz abgelaufen ist.

Durch diese Rechtslage sind im Rhein-Main-Gebiet, aber auch im Bereich Gießen/Marburg/Wetzlar sowie im Raum Kassel viele Härtefälle für geringverdienende Mieter vorprogrammiert.

(Abschriften dieses Schreibens erhalten u.a. die Städte Offenbach und Mörfelden-Walldorf.)

Jürgen Lutz